

Regierungsratsbeschluss

vom 29. März 2022

Nr. 2022/502

Vernehmlassung zur Einführung des Trusts (Änderung des Obligationenrechts) Schreiben an das Bundesamt für Justiz

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Vernehmlassung zur Einführung des Trusts (Änderung des Obligationenrechts) zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Auf Antrag der Staatskanzlei wird das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Vernehmlassung zur Einführung des Trusts (Änderung des Obligationenrechts) beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz vom 29. März 2022

Verteiler

Staatskanzlei
Staatskanzlei, Legistik und Justiz (3)
Obergericht
Finanzdepartement
Gerichtskonferenz, p. Adr. Guido Walser, Amtsgerichtspräsident Thal-Gäu, Schmelzihof
Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)